

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Prof. Dr. Winfried Bausback

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Roland Weigert

Abg. Katharina Schulze

Abg. Florian von Brunn

Abg. Thomas Huber

Abg. Florian Köhler

Abg. Wolfgang Hauber

Abg. Dr. Ute Eiling-Hütig

Abg. Petra Guttenberger

Dr. Ludwig Spaenle

Staatsministerin Ulrike Scharf

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der CSU-Fraktion

"Starke Gesellschaft, robuster Rechtsstaat - kein Platz für Hass und Hetze, kein Platz für Antisemitismus"

Sie kennen das Prozedere mit 5 Minuten Redezeit bzw. 10 Minuten für einen Redner.
– Als Erstem erteile ich in der Aussprache dem Kollegen Prof. Dr. Winfried Bausback für 10 Minuten das Wort.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Einen guten Morgen! Ich glaube, wir alle sind soeben nicht nur am Christbaum, sondern auch an dem Videobildschirm vorbeigegangen, auf dem – das finde ich eine sehr, sehr gute Geste – auf Geiseln der Hamas hingewiesen wird, auf Menschen, die noch immer in der Gewalt dieser Terroristen sind. Kolleginnen und Kollegen, den meisten von Ihnen wird es wie mir gegangen sein, als wir die Bilder vom 7. Oktober im Fernsehen gesehen haben, als wir die Geschichten hörten, dass Kinder, Kleinkinder Opfer dieses Massakers wurden, dass sie entführt wurden. Das hat in Deutschland die Mehrheit der Gesellschaft stark bewegt.

Bewegt hat uns aber auch – und das nicht im positivem Sinne – die Tatsache, dass infolge dieses Massakers, dieses barbarischen Angriffs, antisemitische Äußerungen bei Sympathiekundgebungen in Deutschland in einer hohen Zahl verbreitet wurden. Auch nicht kaltlassen kann uns die Tatsache, dass im Netz, im Cyberspace antisemitische Äußerungen verbreitet werden, dass Straftaten mit antisemitischem Hintergrund in Deutschland in den letzten Wochen rapide angestiegen sind. Das muss uns, Kolleginnen und Kollegen, zu denken geben. Deshalb ist es wichtig, dass wir das auch hier im Bayerischen Landtag zum Thema machen.

Bayern braucht sich bei diesem Thema und der Bearbeitung dieses Themas mit Sicherheit nicht zu verstecken. Wir haben über die letzten Jahre konsequent Maßnahmen gegen den Extremismus und insbesondere auch den Islamismus ergriffen. Bay-

ern war das erste Land, das im Strafvollzug ein Programm zur Deradikalisierung und zur Radikalisierungsprävention in diesem Bereich aufgesetzt hat. Bayern hat bei der Generalstaatsanwaltschaft München eine Zentralstelle für Extremismusbekämpfung eingerichtet. Bayern hat Sonderdezernate. Bayern hat dieses Thema auch mit dem Verfassungsschutz konsequent begleitet. Wir haben auch präventive Maßnahmen auf den Weg gebracht. Es gibt Programme wie ReSTART, die präventiv gegen diese Form des Extremismus vorgehen.

Kolleginnen und Kollegen, das, was wir seit dem 7. Oktober erleben, ist schon eine neue Dimension. Das muss uns auch eine neue Diskussion wert sein. Es geht um etwas ganz Zentrales, was wir im Moment erleben. Es geht um die Frage, wie wir es schaffen, den Zusammenhalt, der für eine Demokratie so wichtig ist, in unserem Land zu erhalten. Wie schaffen wir es, dass die ganz große Mehrheit unserer Gesellschaft zu den Grundwerten unserer freien und liberalen Gesellschaftsordnung steht? Deshalb, Kolleginnen und Kollegen, müssen wir weitergehen und dürfen nicht bei den Maßnahmen, die wir schon in der Vergangenheit in Bayern mit Erfolg auf den Weg gebracht haben, stehen bleiben.

Kolleginnen und Kollegen, ich bin überzeugt davon, dass wir frühzeitiger repressiv ansetzen müssen, weil Terroranschläge keineswegs aus dem Nichts entstehen. Gut ist, dass die Bayerische Staatsregierung im Bundesrat einen Antrag zu einem Thema eingebracht hat, das schon lange auf der bayerischen Agenda steht, nämlich dass wir ein Sympathiewerbungsverbot für terroristische Organisationen in das Strafgesetzbuch aufnehmen. Ich halte es für wichtig, dass wir gemeinsam mit liberalen Vertretern des Islam für unsere Gesellschaft eintreten. Dabei müssen wir in der Diskussion leider auch feststellen, dass es viel zu viel undifferenzierte Stimmen in unserer Gesellschaft gibt. Es gibt so tolle Vertreter der Demokratie, der freien Gesellschaftsordnung, die mit uns gemeinsam diese Ordnung verteidigen und auch weiterentwickeln wollen. Ich erinnere nur an Frau Ateş in Berlin und an Ahmad Mansour. Wir müssen uns mit diesen

Menschen in Deutschland gemeinsam auf den Weg gegen die Radikalen machen, die unsere Lebensweise ablehnen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Kolleginnen und Kollegen, es kann nicht sein, dass Sympathiekundgebungen, wie wir sie erlebt haben, folgenlos bleiben, ebenso wenig, dass in Moscheegemeinden in Deutschland radikale Thesen gepredigt und vertreten werden, diese Moscheegemeinden dann aber einfach weitermachen können, ohne dass etwas passiert.

Kolleginnen und Kollegen, es kann auch nicht sein, dass wir, was die Finanzierung von solchen Moscheegemeinden angeht, keine Transparenz in Deutschland haben. Hier muss dringend Transparenz hergestellt werden. Es muss auch verhindert werden, dass islamistische Staaten solche Moscheegemeinden finanzieren – wie beispielsweise die Moschee in Hamburg, die jüngst wieder in die Diskussion gekommen ist.

Wir müssen – auch das ist wichtig – die Kindergärten und die Schulen in unserem Land als Orte der Integration und der Toleranz stärken. Wir müssen dafür Sorge tragen – insoweit können wir in der nächsten Zeit auch konkret etwas auf den Weg bringen –, dass unsere Lehrerinnen und Lehrer, wenn sie denn mit Intoleranz und mit Äußerungen antisemitischer Art durch Schülerinnen und Schülern konfrontiert werden, einen Leitfaden an der Hand haben, der aufzeigt, wie sie damit umgehen können. Ein solcher Leitfaden ist vor einigen Jahren im Hinblick auf die Radikalen der Reichsbürger-Szene sehr erfolgreich aufgelegt worden. Ich finde, wir müssen dafür sorgen, dass unsere Pädagoginnen und Pädagogen nicht alleine stehen, sondern dass sie auch Handlungsempfehlungen haben, wie man mit solchen Vorgängen umgehen kann.

Wir müssen uns überlegen, ob es wirklich sein kann, dass das Kopftuch – als Symbol einer patriarchalischen Gesellschaft – in unseren Kinderkrippen, Kinderhäusern und Schulen einen Platz hat.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der AfD)

Wir müssen dafür Sorge tragen, dass, in diesen Bereichen jedenfalls, nicht Symbole Einzug halten, die letztlich ein anderes Werte- und Gesellschaftsbild vermitteln.

Kolleginnen und Kollegen, warum ist das so wichtig? – Es ist deshalb wichtig, weil der Staat nichts Abstraktes ist. Der Staat sind wir alle. Nur wenn die Mehrheit der Gesellschaft unseren Staat mit seinen Werten weiterhin trägt, haben wir eine gute Zukunft vor uns. Schon der französische Denker Ernest Renan stellte in einem Vortrag im 19. Jahrhundert die Frage: "Qu'est-ce qu'une nation?" Anders formuliert: Was ist die demokratische Willensnation? – Die knappe Antwort, die er gab, lautet: ein Plebiszit, das sich jeden Tag, jede Stunde, jede Sekunde wiederholt.

Das ist der Grundkonsens, der unsere Gesellschaft trägt. Wir dürfen es nicht mit einem Achselzucken hinnehmen, wenn wir auf unseren Straßen und Plätzen sehen, dass sich Leute offen gegen unsere Gesellschaft, gegen die Freiheit unserer Lebensweise wenden. Das darf uns nicht kaltlassen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Dagegen müssen wir, muss der Staat mit aller Konsequenz vorgehen – mit präventiven, aber auch mit repressiven Mitteln. Kein anderer hat es besser formuliert als der Philosoph Karl Popper: Wir dürfen die Toleranz in unserer Gesellschaft nicht so weit treiben, dass diese Toleranz von den Intoleranten genutzt wird, unsere Freiheit zu beseitigen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht Kollege Prof. Dr. Ingo Hahn von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Werte Präsidentin, meine sehr geschätzten Kolleginnen und Kollegen! Die erste Aktuelle Stunde der neuen Legislaturperiode gehört also der CSU. Lassen Sie es mich so sagen: Ich begrüße es durchaus, dass dieses Thema von Ihnen auf die Tagesordnung gesetzt worden ist, und honoriere auch Ihre Ausführungen dazu, Herr Prof. Bausback.

Dankenswerterweise gibt uns die CSU mit der Aneinanderreihung von Schlagwörtern die Möglichkeit, die einzelnen Begriffe hier unter die Lupe zu nehmen, und genau das will ich jetzt tun; denn Sie müssen natürlich auch vor Ihrer eigenen Türe kehren.

Erstens: "starke Gesellschaft". Von was für einer Gesellschaft reden wir denn hier eigentlich? Von einer bayerischen oder gar deutschen Gesellschaft? Diese ist schwach geworden, liebe CSU, und zwar unter Ihrer Ägide. Sie wird von Tag zu Tag schwächer – und die Bevölkerung von Tag zu Tag ärmer. In Bayern wie andernorts erleben wir hohe Energiepreise, importierte Gewalt und sonstige Kriminalität aus illegaler Masseneinwanderung, Wohnungsnot allenthalben, unbezahlbare Mieten, Inflation, Reallohnverluste – und so weiter, und so weiter. Im gesamten Freistaat!

(Beifall bei der AfD)

Das sind die Fakten, meine Damen und Herren. Das sind auch Ihre Fakten, werte CSU. Und Sie reden von einer "starken Gesellschaft"? Sie, die Sie ein gerüttelt Maß selbst Schuld an dieser Verarmung tragen?

Kommen wir zum nächsten Punkt: "robuster Rechtsstaat". Ah! Ein Rechtsstaat also, der tatenlos zusieht, wie Klimakleber Tausende unbescholtener Bürger auf dem Weg zur Arbeit drangsaliieren dürfen? Robust, wenn es darum geht, Senioren und Kinder auf Anti-Corona-Demos zu verprügeln und Ärzte wegen Maskenattesten hinter Gitter zu sperren, während Vergewaltigungen und Körperverletzungen oftmals nur mit Bewährungsstrafen enden?

Drittens: "Hass und Hetze". Natürlich verortet die CSU Hass und Hetze immer nur bei den anderen. Nie käme man auf die Idee, dass man selbst Hass und Hetze zu verantworten hat. Wer der AfD in Bayern aber das parlamentarische Recht auf einen Vizepräsidenten oder auf die Wahl in das Parlamentarische Kontrollgremium vorenthält, der hasst offenbar über eine Million Wähler und nimmt deren demokratisches Votum nicht wahr.

(Beifall bei der AfD – Michael Hofmann (CSU): So ein Schwachsinn! – Toni Schuberl (GRÜNE): Ihr seid rechtsextreme Verfassungsfeinde!)

Selbst Ministerpräsident Söder – ja, wo ist er denn, wo ist denn der Ministerpräsident? – hat ganz offen gesagt, man müsse die AfD "bis aufs Blut" bekämpfen. Oder: Man müsse sie "bis aufs Messer" bekämpfen. Meine Damen und Herren, ist das kein Hass? Ist das keine Hetze vonseiten der Staatsregierung? Solche Worte habe ich zumindest von unserer Chefin hier noch nicht gehört – nicht gegenüber der CSU, auch nicht gegenüber einer anderen Partei, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Was wird gegen Hass und Hetze der Hunderttausenden von Judenhassern – Herr Prof. Bausback, Sie haben es angesprochen – getan, die von der CSU, ja, auch von der CSU, ins Land geholt wurden und ihre widerwärtigen Parolen bei ihren Aufmärschen nahezu unbehelligt von sich geben dürfen? Auch in diesen Situationen wäre vielleicht der robuste Rechtsstaat angebracht. Zumindest ich habe heute Morgen am Kiosk eine "BILD"-Überschrift gesehen, die lautete: "Terroralarm auf deutschen Weihnachtsmärkten". Ja, woher kommt denn wohl dieser Terroralarm, meine Damen und Herren? Helfen denn die Merkel-Poller nach den Anschlägen am Breitscheidplatz nicht mehr weiter?

Viertens: "kein Platz für Antisemitismus". Meine Damen und Herren, das sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein. Leider ist das auch in Bayern nicht der Fall. Wenn man es wirklich ernst damit meint, dann sollte man wesentlich robuster – um Ihr Adjek-

tiv zu verwenden – gegen den politischen Islam vorgehen. Aber hierzu herrscht großes Schweigen! Außer Lippenbekenntnissen ist hierzu von der Staatsregierung nichts zu hören.

Vor wem haben denn die Juden in Bayern Angst?

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Vor euch! – Michael Hofmann (CSU): Vor euch!)

Ich behaupte einmal: Es ist nicht der Gustl von der Freiwilligen Feuerwehr aus Dingolfing.

Wir alle wissen, woher die größte Gefahr für die hier lebenden Juden kommt.

(Zuruf von den GRÜNEN: Von Ihnen!)

Aber Sie in der Staatsregierung trauen sich gar nicht, dies auch auszusprechen. Anstatt also mit dem Thema der Aktuellen Stunde etwas zu beklagen, was Sie wegen Ihrer Unentschlossenheit und Untätigkeit in vielen Fachgebieten zu einem großen Teil selbst hervorgerufen haben, sollten Sie sich um den möglicherweise verfassungswidrigen Haushalt kümmern und um die wirklichen Sorgen der Bürger, meine Damen und Herren.

Letzter Satz: Ein "Weiter so" bei der Schwächung und Verarmung des bayerischen Volkes durch die gegenwärtige Politik darf es nicht mehr geben.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die FREIEN WÄHLER spricht nun Herr Kollege Roland Weigert.

Roland Weigert (FREIE WÄHLER): Verehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn man nicht nur in den letzten Tagen, sondern in den letzten Wochen, den letzten Monaten den Fernseher angeschaltet hat, ist es einem tatsäch-

lich das ein oder andere Mal schon anders geworden. Wir wissen das aus der Bericht-
erstattung: Eine Krise jagt die andere, ob das die Migrationskrise ist, die thematisiert
wird, ob das ökologische Krisen sind, ob das die Krise der deutschen Automobilbauer
ist, ob das die Russlandkrise oder die Ukrainekrise ist, oder ganz aktuell das Thema
des Gazastreifens.

Das verändert natürlich die Gesellschaft, weil es Unsicherheit erzeugt. Diese Unsi-
cherheit paralyisiert ohne Frage auch Gesellschaftsteile, und das fordert die Gesell-
schaft. Das ist natürlich etwas, was einen Raum bringt, eine Zeit bringt, ein Fenster
bringt, nämlich Zeit für die Spalter. Meine Damen und Herren, ob es linke Extremisten
sind, ob es rechte Extremisten sind, oder ob es ökologische Extremisten sind: Es droht
ein Keil für unsere gesellschaftliche Mitte, und deswegen bin ich der CSU dankbar,
dass diese heutige Aktuelle Stunde unter dem Eindruck des Themas "Starke Gesell-
schaft, robuster Rechtsstaat – kein Platz für Hass und Hetze, kein Platz für Antisemi-
tismus" stattfindet.

Meine Damen und Herren, bei all dem, was wir derzeit erleben, brauchen wir das Wol-
len, brauchen wir den Willen, unsere Gesellschaft gegen diese Einflüsse, die von
außen und auch von innen kommen, zu verteidigen. Es geht darum, dass wir unsere
Werte verteidigen. Meine Damen und Herren, unsere Werte sind im Endeffekt und am
Ende des Tages das Ergebnis von beachtlichen Episoden deutscher Geschichte. Ich
denke hierbei an die Epoche des Deutschen Idealismus. Sie sind natürlich auch das
Ergebnis von Erfahrungen aus verachtenswerten Zeiten der deutschen Geschichte
wie zum Beispiel des Dritten Reichs.

Aber, meine Damen und Herren, all das ist geronnen in unseren Grundrechten. Diese
Grundrechte, die Ausdruck unserer Werte sind, gilt es zu verteidigen. Sie schaffen ge-
sellschaftlichen Zusammenhalt. Meine Damen und Herren, weichen wir davon ab, wei-
chen wir diese auf, und dann werden die Verführer gewinnen.

Aktuell ist das Thema, was ich gerade gesagt habe: Meine Damen und Herren, ich hätte nie gedacht, noch vor wenigen Jahren, dass das, was wir in diesen Tagen erleben, dieser Antisemitismus, in dem Ausmaß stattfindet. Das ist schockierend, das überschreitet rote Linien in einem Maße, wie ich es nicht für möglich gehalten hätte. Meine Damen und Herren, es ist an uns, eine wehrhafte Demokratie zu sein und diese Störer in die Schranken zu weisen. Lassen wir nicht zu, dass Unfriede und Gewalt wieder in der BRD Fuß fassen. Das hatten wir schon mal, das wollen wir nicht.

Deswegen ist es auch Aufgabe des Rechtsstaats, entschieden gegen Übergriffe in diesem Bereich vorzugehen, wie etwa beim Antisemitismus. Bei uns gibt es eben keinen Platz für Antisemitismus. Bei uns gibt es im Übrigen auch keinen Platz für Antiarabismus. Bei uns gibt es vielleicht Platz für Antiidiotismus. Dem kann man Raum geben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Meine Damen und Herren, wer nicht an unsere Werte, an unsere Regeln glaubt, wer sie nicht einhält, der muss die Folgen tragen.

In diesen Tagen habe ich eine Presseberichterstattung im ZDF gesehen. An einer deutschen Hochschule, irgendwo im Norden, haben ausländische Studenten im Rahmen einer propalästinensischen Veranstaltung antisemitische Kampagnen postuliert und die israelische Flagge verunglimpft. Das geht nicht. Ich sage Ihnen: Wenn solche Gäste bei uns studieren wollen, dann sollen sie sich an unsere Regeln halten. Machen sie antisemitische Aussagen, müssen sie halt zu Hause zu Ende studieren, aber nicht bei uns.

Meine Damen und Herren, ganz wichtig ist – Herr Kollege Bausback hat das Thema vorher angesprochen –, dass es an unseren Schulen einen Leitfaden zum Umgang mit Antisemitismus gibt. Wir haben eine Plattform des Kultusministeriums: "Bayern gegen Antisemitismus". Damit unterstützten wir die Lehrerschaft und die Schulfamilie

bereits. Das kann man sicherlich noch ausbauen. Für produktive Vorschläge sind wir hier immer zu haben.

Meine Damen und Herren, was so einfach klingt, ist im Detail schwierig. Auf uns Parlamentarier kommt es am Ende des Tages an, dem Gesagten Ausdruck zu verleihen, gerade bei subtilen Formen des Antisemitismus, den wir in so mancher Veranstaltung erleben. Aber, meine Damen und Herren, in Bayern gilt: leben und leben lassen. Wir haben in Bayern, in München, in Nürnberg und an jedem anderen Platz in Bayern keinen Platz für Hass, keinen Platz für Hetze und schon gar nicht für Antisemitismus.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU sowie Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster erteile ich der Kollegin Katharina Schulze für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Sie spricht zehn Minuten.

Katharina Schulze (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Yarden Roman ist 35 Jahre alt. Sie ist Physiotherapeutin, verheiratet und hat eine Tochter. Am 7. Oktober hat die Hamas ihre Schwiegermutter getötet und sie, ihren Mann und die Tochter entführt. Kurz vor dem Grenzgebiet zum Gazastreifen sind sie aus dem Fahrzeug gesprungen und um ihr Leben gerannt. Yarden hat ihre Tochter ihrem Mann in die Hand gedrückt. Er konnte davonlaufen, hat sich versteckt und wurde gerettet. Yarden wurde verschleppt. Ihre Schwester Roni hat mir ihre Geschichte hier im Bayerischen Landtag erzählt.

Das Treffen mit ihr und weiteren Angehörigen der Geiseln hallt immer noch in mir nach. Ich kann nur annähernd nachvollziehen, was die Angehörigen und vor allem auch was die Geiseln in den letzten Wochen erleben mussten. Ich bin zum Beispiel nur ein bisschen älter als Yarden. Mein kleiner Sohn ist ein bisschen jünger als ihre Tochter. Ich kann meinen Sohn jeden Abend in die Arme schließen. Yarden konnte ihre Tochter in den letzten 53 Tagen nicht in die Arme schließen. Erst gestern Abend wurde sie freigelassen. Endlich!

Aber immer noch sind 160 Menschen, darunter vier Kinder und darunter ein zehn Monate altes Baby, in den Händen der Terrororganisation Hamas. Sie wurden am 7. Oktober entführt, und die Hamas hat über 1.200 Menschen ermordet, Frauen vergewaltigt, Leichen geschändet und verstümmelt und die Opfer im Netz auch noch verhöhnt und bloßgestellt. Sie hören nicht auf, Israel anzugreifen; denn die Hamas will keine Aussöhnung, sondern das Ende Israels.

Ich sage hier ganz klar: Der Terror gegen Israel muss aufhören. Alle Geiseln müssen freigelassen werden.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der CSU, der FREIEN WÄHLER und der SPD)

Gleichzeitig schmerzt mich natürlich auch das Leid der Zivilbevölkerung im Gazastreifen. Die Bilder, die uns von dort erreichen, sind schrecklich. Es braucht humanitäre Hilfe für die Zivilbevölkerung, die ja auch oft als Schutzschild der Hamas missbraucht wird. Aber das alles, Kolleginnen und Kollegen, rechtfertigt keinen Antisemitismus.

Kolleginnen und Kollegen, die Zahl der antisemitischen Vorfälle ist seit dem Hamas-Angriff auf Israel drastisch gestiegen. Im Schnitt gibt es in Deutschland pro Tag 29 antisemitische Vorfälle. Wer Toleranz und freie Meinungsäußerung für Intoleranz missbraucht, muss die vollen Konsequenzen tragen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, es beschämt mich zutiefst, dass Jüdinnen und Juden wieder zweifeln, ob sie in ihrer Heimat hier in Deutschland sicher sind. Es darf nicht sein, dass wieder Häuser mit einem Davidstern markiert und Israel-Fahnen abgerissen oder verbrannt werden. Eine klare Haltung gegen Antisemitismus ist eine tragende Säule des deutschen Staates. Wer diese klare Haltung infrage stellt, stellt unseren Staat, unser demokratisches Gemeinwesen infrage.

Ob von rechts oder links, von Muslimen oder aus bürgerlichen Kreisen: Wer mit einem "Ja, aber" antwortet, relativiert; denn, Kolleginnen und Kollegen, es gibt kein "Ja, aber" bei Terror und Mord. Es gibt keine Rechtfertigung, Kinder abzuschlachten, Frauen zu vergewaltigen und Männer zu foltern. In meinen Augen darf es bei solchen Taten auch keine Neutralität geben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gerade wir in Deutschland, mit unserer blutigen Geschichte, haben dabei eine besondere Verantwortung. Wer hier lebt und wer nach Deutschland kommt, kann sich nicht aussuchen, welche Rechte und Pflichten für ihn gelten. Für jeden Einzelnen sind unsere Erinnerungskultur, unsere Verantwortungsgemeinschaft und unsere Staatsräson für die Sicherheit Israels unverhandelbar. Hass spaltet, Hass grenzt aus, Hass tötet. Geben wir diesem Hass hier bei uns keinen Zentimeter Platz!

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, trotz unserer Geschichte sitzt der Antisemitismus in der Mitte der Gesellschaft, und das schon lange. Ich finde, ein "Nie wieder" an Gedenktagen reicht nicht. Wir müssen mehr tun. Wir brauchen ein bayerisches Handlungsprogramm gegen Antisemitismus, mit dem wir die verschiedenen Maßnahmen bündeln und ein klares Signal senden. Dazu gehören zum Beispiel gut ausgestattete Sicherheitsbehörden, die antisemitische Straf- und Gewalttaten konsequent verfolgen. Ja, die Demonstrationsfreiheit ist ein hohes Gut. Aber das Bejubeln von Massenmord ist eine Straftat. Die Polizei muss deshalb israelfeindliche Demonstrationen engmaschig begleiten und bei Verstößen sofort einschreiten.

Ja, die Gelder für den Schutz jüdischer Einrichtungen müssen aufgestockt werden. Die Kosten für die Sicherheitsvorkehrungen sind nicht erst seit dem 7. Oktober stark gestiegen. Ich erinnere an den rechtsextremen Anschlag in Halle. Deshalb müssen wir dafür auch mehr Geld bereitstellen. Es ist auch Zeit, dass wir den Schutz jüdischen Lebens in die Bayerische Verfassung aufnehmen. Die Aufklärung über Antisemitismus

und die Geschichte des Nahost-Konflikts muss an Schulen und in der Jugendsozialarbeit verstärkt werden. Wir brauchen eine Meldestelle für antisemitische Vorfälle an Schulen. Eines ist mir ganz besonders wichtig: Die schon bestehenden Hilfsangebote für alle Opfer antisemitischer Straf- und Gewalttaten müssen finanziell besser ausgestattet werden; denn bei einem Anstieg antisemitischer Vorfälle müssen die Hilfsangebote mitwachsen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen außerdem dringend Mittel für ein bayarisches Landesprogramm für die Demokratieförderung; denn unsere Demokratie wird von verschiedenen Seiten angegriffen, aus dem Ausland und im Inland. Reichsbürger, Rechtsextremisten, Islamisten, Antisemiten, Linksextremisten, einzelne Personen oder Gruppen, die unsere freiheitliche demokratische Grundordnung ablehnen, werden lauter, sind vernetzt und vor allem digital stark unterwegs. Es ist also allerhöchste Zeit, dass wir gegensteuern.

Die Landtagsfraktion der GRÜNEN macht seit Jahren immer wieder Vorschläge hier im Hohen Haus, was wir alles tun könnten; denn wir haben bei der Verteidigung der Demokratie kein Erkenntnisproblem; auch hier haben wir ein Umsetzungsproblem. Wir können mehr Präventionsprogramme aufsetzen. Wir können mehr Geld für Demokratiebildung und Medienkompetenz für alle Altersgruppen ausgeben. Wir können den Fahndungsdruck auf die Demokratiefeinde erhöhen. Wir sollten endlich eine virtuelle Polizeiwache einrichten, damit Hass und Hetze aus dem Netz leichter angezeigt werden können. Die Liste ist lang. Ich appelliere an Sie: Lassen Sie uns als demokratische Fraktionen hier gemeinsam voranschreiten. Unsere Demokratie und die Menschen haben es verdient.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Neben all diesen politischen Maßnahmen kann auch jeder Einzelne von uns etwas tun, nämlich Zivilcourage zeigen. Wir sollten hinschauen, wenn andere wegschauen,

aufstehen, wenn andere sitzen bleiben, und widersprechen, wenn sich Hass und Hetze Bahn brechen, unabhängig davon, ob das in der Schule, in der Arbeit, in der Freizeit, in der Familie, digital oder analog geschieht. "Kein Platz für Antisemitismus", wie es in der Überschrift der Aktuellen Stunde steht, bedeutet nämlich auch, Antisemitismus in den eigenen Reihen klar zu benennen und ihm zu begegnen. "Kein Platz für Hass und Hetze" bedeutet auch, nicht selbst Öl ins Feuer zu gießen, sondern die Aufgabe und die Verantwortung anzunehmen, die wir als Demokratinnen und Demokraten haben, unsere Demokratie zu schützen; denn "Nie wieder" ist jetzt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächstem erteile ich Herrn Kollegen Florian von Brunn von der SPD-Fraktion das Wort.

Florian von Brunn (SPD): Verehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Terroristen der Hamas haben am 7. Oktober Israel angegriffen und unschuldige Menschen barbarisch ermordet, vergewaltigt und entführt. Für uns gibt es nur einen Platz, und der ist an der Seite des jüdischen Staates und des jüdischen Volkes.

(Beifall bei der SPD, der CSU, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Wir stehen an der Seite unserer israelischen Freunde. Wir verurteilen diese Gräueltaten; jeder zivilisierte Mensch muss das tun. Umso erschreckender ist das, was wir seitdem immer wieder auf unseren Straßen erleben: fast 1.000 antisemitische Vorfälle und fast 200 antisemitische Versammlungen in Deutschland. Das Abschlachten von Jüdinnen und Juden, von Männern und Frauen, von alten Menschen, von Schwangeren, von Kindern und Babys wird offen bejubelt. Das ist unfassbar. Ja, das muss Konsequenzen haben. Herr Prof. Bausback, Ihr Vorschlag, § 129a des Strafgesetzbuches anzupassen, wird im Bundesrat geprüft. Wir dürfen Hass und Hetze gegen Juden nicht dulden. Das gilt für Deutsche genauso wie für Zuwanderer. Wer in unserer Demokratie lebt, muss unsere Verfassungswerte akzeptieren.

(Beifall bei der SPD, der CSU, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

An dieser Stelle sage ich vielen Dank an unsere Bundesinnenministerin, die die Hamas und ihre Tarnorganisation verboten hat. Nancy Faeser engagiert sich für den Schutz jüdischer Einrichtungen und für die Verfolgung der Hamas in Deutschland. Unser Dank gilt aber auch der Polizei und den Staatsanwaltschaften hier in Bayern, die letzte Woche den "Aktionstag PLUS gegen Antisemitismus" durchgeführt haben. Dank auch an die beiden zuständigen Minister.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich bedanke mich auch beim Antisemitismusbeauftragten Dr. Ludwig Spaenle, der sich unermüdlich für das Judentum in Bayern einsetzt.

(Beifall bei der SPD, der CSU, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Für uns als SPD ist klar: Jüdinnen und Juden sind ein unverzichtbarer Teil Bayerns. Wir brauchen bei uns jüdisches Leben. Wir werden alles tun, um es zu schützen. Leider ist das nötig. Bei uns in Bayern ist es traurige Realität, dass jüdische Seniorinnen und Senioren im Altersheim mit Panzerglas und Sicherheitsschleusen geschützt werden müssen, hier mitten in der Landeshauptstadt München. Wir können also auch Jahrzehnte nach dem Holocaust nicht für die Sicherheit der Jüdinnen und Juden in Deutschland garantieren. Das darf nicht sein. Die Kosten für die Sicherung müssen übrigens die jüdischen Gemeinden selbst tragen. Auch das ist unfassbar. Deshalb sollten wir gemeinsam überlegen, ob es nicht an uns ist, dafür aufzukommen.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen auch an unseren Schulen viel mehr tun. Ich finde es schockierend, dass ein Schüler in einem WhatsApp-Klassenchat einen Clown-Sticker mit der Aufschrift "Gas the Jews" verschickt hat. Gut, dass so etwas heute an bayerischen Schulen Konsequenzen hat. Das war ja nicht immer so. Wir brauchen trotzdem einen echten Aktionsplan und nicht nur eine Verfassungsviertelstunde.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir wissen auch, dass Antisemitismus nie weg war und nie weg sein wird. Leider ist das so. Ich erinnere an den Brandanschlag auf das Altenheim der Israelitischen Kultusgemeinde in München am 13. Februar 1970. Sieben Menschen starben. Ich erinnere an den vereitelten Sprengstoffanschlag bei der Grundsteinlegung der neuen Synagoge Ohel Jakob. Ich erinnere daran, dass heute eine rechtsextremistische Partei im Landtag sitzt, die den Rechtsextremisten Höcke begeistert empfangen hat, der das Holocaust-Mahnmal in Berlin und damit das Andenken an die Opfer verunglimpft hat. Diese Partei hat bei einer Rede von Charlotte Knobloch den Saal verlassen. Ein heutiger AfD-Abgeordneter war noch vor Kurzem wegen des Verdachts der Volksverhetzung in Untersuchungshaft. Bei seiner rechtsradikalen Burschenschaft sind Aufkleber mit der Aufschrift "Terrorstaat Israel" gefunden worden. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, das ist abscheulich.

(Beifall bei der SPD, der CSU, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

So traurig es ist, antisemitische Parolen wieder auf unseren Straßen zu hören: Unsere Institutionen, unsere demokratischen Fraktionen und wir, die Zivilgesellschaft, nehmen den Kampf gegen den Antisemitismus auf. Ich danke den vielen Menschen, die bei uns in Bayern Flagge zeigen, zum Beispiel "München ist bunt" oder den Organisatoren und Teilnehmenden der Solidaritätskundgebungen für die Opfer des Hamas-Terrors.

Um es mit den Worten des Vorsitzenden Richters im Ofarim-Verfahren zu sagen:

"Eines bleibt, wie es war: Antisemitismus ist eine Tatsache. Der Kampf dagegen ist eine Aufgabe."

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die CSU-Fraktion spricht als Nächster der Kollege Thomas Huber.

Thomas Huber (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, lieber Ludwig Spaenle! Wir haben diese Aktuelle Stunde einberufen, weil wir uns Sorgen machen: um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land, und zwar egal welchen Glaubens.

Die aktuelle Ursache für diese Sorgen ist der bestialische Terror-Überfall der Hamas gegen israelische Zivilisten am 7. Oktober. Wir wissen, dass der Antisemitismus in Deutschland und in vielen anderen europäischen Ländern in den vergangenen Jahren leider zugenommen hat. Das bestätigt auch ein aktueller Verfassungsschutzbericht, der gestern veröffentlicht wurde – ich zitiere daraus –:

"Antisemitismus und Israelfeindlichkeit sind verbindende Elemente zwischen Islamisten, deutschen und türkischen Links- und Rechtsextremisten und Anhängern extremistischer palästinensischer Organisationen."

So Verfassungsschutzpräsident Thomas Haldenwang. Das Gefahrenpotenzial für mögliche Terroranschläge gegen jüdische und israelische Personen und Einrichtungen sowie gegen "den Westen" ist demnach so hoch wie lange nicht mehr.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wie Winfried Bausback aufgezählt hat, gibt es in Bayern eine ganze Reihe von Maßnahmen, um Antisemitismus und Extremismus zu bekämpfen, gerade auch im Bildungs- und im Sozialbereich. Liebe Kollegin Schulze, wir haben dazu bereits 2018 eine Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus – kurz RIAS Bayern genannt – eingerichtet, um antisemitische Vorfälle zu dokumentieren und um Betroffene zu unterstützen. Dafür stellen wir alleine in diesem Jahr rund eine halbe Million Euro zur Verfügung.

Es ist ein Alarmzeichen, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, dass die Zahl der von RIAS Bayern erfassten antisemitischen Vorfälle seit 7. Oktober um 285 % gegenüber 2022 gestiegen ist. Allein zwischen 7. Oktober und 9. November wurden 148 antisemitische Vorfälle registriert; 91 % der Vorfälle stehen in Bezug zum Massaker der Hamas und zur israelischen Militäroperation in Gaza. Auf etlichen Versammlungen wurden an-

tisemitischer Terror gebilligt, Israel dämonisiert und delegitimiert oder anderweitig antisemitische Inhalte verbreitet.

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, das ist erschreckend und zeigt für uns als Politiker, dass hier akuter Handlungsbedarf auch und insbesondere im Bereich der Prävention und der Aufklärung besteht und wir allen Menschen, egal welchen Glaubens, die in unserem Land leben oder zu uns kommen wollen, klipp und klar sagen müssen, dass hier bei uns kein Platz für Hass, Hetze und Antisemitismus ist.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der SPD)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, es ist auch klar, dass wir einen wehrhaften Rechtsstaat brauchen, der unsere freiheitliche demokratische Grundordnung verteidigt und ihren Feinden mit der gebotenen Härte begegnet.

Um es gar nicht so weit kommen zu lassen, müssen wir schon bei unseren Kleinsten mit der Prävention beginnen, zum Beispiel durch gezielte Sprachförderung und Wertevermittlung in den Orten der Toleranz – wie es gesagt wurde –: an den Schulen, in den Kitas. Wir haben hier beispielhafte Projekte wie YouthBridge von der EJKA oder "Blickwechsel – Antisemitismuskritische Bildung für Ehrenamtliche und Interessierte" des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement in Bayern. Wir müssen diese Maßnahmen aber sicherlich ausweiten und verstärken und besonders darauf achten, dass wir damit auch Kinder und Jugendliche islamischen Glaubens erreichen; denn es ist leider traurige und vor allem erschreckende Realität, dass Islamisten vor allem via Internet und Social Media versuchen, Kinder und Jugendliche islamischen Glaubens für sich zu gewinnen. Davor dürfen wir die Augen nicht verschließen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, unser aller Aufgabe ist es, unsere freie, tolerante, demokratische Gesellschaft gegen ihre Feinde zu verteidigen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der SPD)

Wir dürfen nicht schweigen. Das Schweigen ist mir immer noch zu laut, und das tut weh. Genau deshalb haben wir von der CSU den Kampf gegen Hass, Hetze und Antisemitismus zum Thema dieser Aktuellen Stunde gemacht.

Wir stehen an der Seite Israels, das von einer brutalen Terrororganisation angegriffen wurde und das Recht hat, sich zu verteidigen, und wir stehen an der Seite unserer jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger und tun alles dafür, um sie zu schützen. Unser Staat ist wehrhaft und wird das allen zeigen, auch denen, die daran zweifeln.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die AfD-Fraktion spricht als Nächster der Kollege Florian Köhler.

(Beifall bei der AfD)

Florian Köhler (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kollegen! Wir sind uns einig: Antisemitismus ist inakzeptabel und muss mit aller Härte bekämpft werden. Dabei ist es egal, ob Antisemitismus rechtsextremistisch, linksextremistisch oder eben auch islamistisch motiviert ist.

Es macht mich aber doch fassungslos, was hier teilweise für Träumereien vertreten werden. Sie haben aus den Fehlern der Vergangenheit eben nichts gelernt.

(Florian von Brunn (SPD): Das ist ja ein Witz! – Klaus Holetschek (CSU): Das sagt der Richtige! – Unruhe)

Sie haben zwei Kardinalfehler begangen: Sie haben sich in der Vergangenheit ausschließlich auf den rechtsextremen Antisemitismus versteift und dabei durch eine desaströse Migrationspolitik

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

die größten Antisemiten importiert, und jetzt stehen Sie vor dem Hauptproblem, dass Sie in der Vergangenheit Illegales zugelassen haben und nun mit der Bewältigung der Probleme maßlos überfordert sind.

Ich nehme jetzt nur ein Beispiel heraus, das heute hier vorgetragen wurde: Herr Bausback hat vertreten, Schulen sollen als Ort der Integration gefördert und Lehrer dazu befähigt werden, auf Antisemitismus und Islamismus zu reagieren. – Sie haben die Zeichen der Zeit noch gar nicht erkannt; dieses Problem, das wir mittlerweile haben, lässt sich nur mit den drei A bewältigen: abschieben, abschieben und noch mal abschieben.

(Lebhafter Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Bravo! – Toni Schuberl
(GRÜNE): Sollen wir Halemba nach Polen abschieben?)

Der beste Islamist ist der, der sich verpisst!

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der CSU: Wortwahl!)

Sie glauben doch nicht ernsthaft, dass sich ein Schulhofpascha, der in der DITIB-Moschee sozialisiert wird, in der gelegentlich nun sogar die Taliban ein Gastspiel haben, von einem Lehrer erklären lässt, dass Islamismus und Antisemitismus schlecht sind. Wir erleben, wie Taliban, die für den Tod von Bundeswehrsoldaten verantwortlich sind, ihre Glaubensbrüder hier bei uns indoktrinieren, aber ein Pädagoge soll's in der Schulpause richten. Das ist nicht nur sehr naiv, das ist Toleranzromantik, und das ist Realitätsverweigerung. Da fehlen mir die Worte.

(Beifall bei der AfD)

Aber was erlebt die Bevölkerung tagtäglich hautnah? – Zu uns sind freilich auch gute Menschen gekommen; die legen sich nicht in die soziale Hängematte, sind keine Antisemiten und halten sich auch an Recht und Gesetz. Es sind aber eben auch – das muss man ehrlicherweise sagen – Messerstecher, Antisemiten, homophobe Gestalten, Frauenfeinde und eben auch Hobbygynäkologen unter ihnen. In Hamburg wurde ein

15-jähriges Mädchen ins Gebüsch gezerrt, mehrmals vergewaltigt, gefilmt und dabei sogar beraubt. Wir erleben importierten und linken Antisemitismus auf Demos in ganz Deutschland. Die Klimajugend der GRÜNEN eifert ihrem antisemitischen Vorbild Greta Thunberg nach und trällert die gleichen Sprechchöre wie die Hamas-Jugend. In Berlin werden nach eben jenen antisemitischen Demonstrationen Häuser von Juden markiert. – Das ist eine Bankrotterklärung, dass der Staat hier nicht durchgreift.

(Beifall bei der AfD)

Diese erschütternde Beschreibung der Realität mag Ihrem Empfinden nach Hass und Hetze sein – das entnehme ich Ihren Zwischenrufen –, aber ich muss sagen: Kurt Tucholsky hatte recht, als er sagte: "In Deutschland gilt derjenige, der auf den Schmutz hinweist, für viel gefährlicher als derjenige, der den Schmutz macht."

(Beifall bei der AfD – Widerspruch des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Was Sie als Hass und Hetze beschreiben, ist für den Normalbürger leider der gelebte Alltag auf unseren Straßen, den Sie zu verantworten haben. Wissen Sie, Wahl für Wahl spricht die schweigende Mehrheit, die wir vertreten, eine klare Sprache: Sie will nämlich Sicherheit auf unseren Straßen. Sie will ein klares Bekenntnis zu unserer Heimat und unserer Freiheit. Sie möchte, dass Mitglieder der Hamas sowie der Hisbollah und deren Unterstützer strafrechtlich verfolgt und ausgewiesen werden; Personen mit doppelter Staatsangehörigkeit gehört die deutsche entzogen, sobald sie antisemitisch in Erscheinung treten oder dem Islamismus frönen; Finanzströme zur Terrorismusfinanzierung müssen aufgeklärt und unterbunden werden.

Die Islamverbände, die sich dadurch hervortun, dass sie hauptsächlich schweigen, müssen in Deutschland nun auch einmal Farbe bekennen. Sie sind in der Pflicht, ein klares Bekenntnis zur Demokratie, zur Freiheit und gegen Antisemitismus abzulegen. Sollten die DITIB und andere Verbände dieses Bekenntnis nicht erbringen wollen, dann bleibt nur eins zu sagen: Steigen Sie in den Orient-Express und zurück nach Istanbul mit Ihnen!

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die FREIEN WÄHLER spricht nun der Kollege Wolfgang Hauber.

Wolfgang Hauber (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Nach diesem Albtraum, den wir in den letzten fünf Minuten gehört haben, darf ich wieder zu einem sachlichen Vortrag zurückkehren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD – Lachen bei der AfD – Zurufe von der AfD: Oje!)

Ich darf an meinen Vorredner Roland Weigert anschließen. Wir kommen nicht mehr aus dem Krisenmodus heraus. Wir stehen national und global vor Herausforderungen, die wir angehen müssen und die unseren vollen Einsatz brauchen. Ich bin daher der CSU ebenfalls dankbar, dass sie dieses Thema auf die Tagesordnung gesetzt hat.

Bereits letztes Jahr hat Papst Franziskus die Formulierung des "Weltkriegs auf Raten" geprägt. Die Formulierung erscheint vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen passend. Spätestens seit dem Arabischen Frühling 2010 reißt die Berichterstattung über gewaltsame Auseinandersetzungen und kriegerische Handlungen in der Welt nicht mehr ab.

Diese Situationen erreichen auch uns in Europa, sei es durch Fluchtbewegungen, sei es durch die sich ändernde gesellschaftliche Haltung. Deutschland und Europa können sich der Entwicklung in der Welt nicht entziehen – und wir wollen das auch nicht. Wir kennen unsere Verantwortung in der Welt und sind bereit, diese auch zu übernehmen. Wir müssen dabei nur darauf achten, dass wir uns die Gewalt nicht in unsere Heimat holen.

Meine Damen und Herren, um das zu schaffen, brauchen wir jedoch einen effektiven Vollzug der bestehenden Regelungen. Als ehemaliger Polizist weiß ich nur zu gut, welche fatalen Wirkungen nicht vollzogene gesetzliche Vorgaben entfalten können.

Die Gründe für Vollzugsdefizite sind mannigfaltig. Sie beginnen bei schlechten Gesetzen und enden bei lückenhaftem Vollzug. Hier hat jeweils der Landtag – zumindest wenn es um bayerische Gesetze geht – das Heft des Handelns in der Hand, beschließt er doch die gesetzlichen Handlungsgrundlagen ebenso wie die Haushaltsgesetze.

Die Aufgabe unseres Staates ist es, die Sicherheit unserer Bevölkerung zu gewährleisten. Das dürfen wir nie vergessen. Bitte verstehen Sie mich nicht falsch: Ich möchte keinem Überwachungsstaat das Wort reden. Als Gesetzgeber haben wir es in der Hand, Gesetze zu erlassen, die weitreichenden Schutz gewährleisten und gleichzeitig die weitestmögliche persönliche Freiheit eines jeden Einzelnen sicherstellen. – Das ist zumindest der Maßstab, den die FREIE-WÄHLER-Landtagsfraktion an die Gesetzgebung anlegt.

Klar ist aber auch, dass wir Gesetze brauchen, die in der Lage sind, unsere Bevölkerung zu schützen. Wir dürfen uns nicht in Grabenkämpfen, theoretischen Bedenken und Befindlichkeiten verlieren, sondern müssen das Ziel im Auge haben: einen funktionierenden Rechtsstaat.

Diese Aufgabe ist nicht einfach. Ich gebe das gerne zu. Manchmal habe ich den Eindruck, dass wir unseren internen Wertekompass bei der Erfüllung dieser Aufgabe zu verlieren drohen. – Das wäre fatal. Wenn Europa als Garant für Sicherheit und Freiheit fällt, hat das Auswirkungen auf die Welt. Wir böten für Verfolgte keinen sicheren Hort und kein Vorbild für die Vorteile eines freiheitlichen Rechtsstaates mehr.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Unser Staat muss daher entschieden gegen Rechtsverstöße und menschenverachtende Gesinnungen vorgehen. Uns alle trifft die Aufgabe, als Vorbilder, als aktive Gestalter des gesellschaftlichen Lebens zu unseren Grundwerten zu stehen. Es darf nicht sein, dass die Arbeit unserer Sicherheitsbehörden für kurzfristige Schlagzeilen schlechtgeredet wird oder bewusst gesellschaftlicher Unfrieden und Zwietracht hervor-

gerufen, unterstützt und angestachelt werden. Das wird aktuell so sichtbar wie schon lange nicht mehr.

Das beunruhigt mich. Das muss uns alle beunruhigen; denn wir wollen eine starke Gesellschaft, einen robusten Rechtsstaat, damit es keinen Platz für Hass und Hetze und auch nicht für Antisemitismus gibt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Ich erteile jetzt der Kollegin Dr. Ute Eiling-Hütig für die CSU-Fraktion das Wort.

Dr. Ute Eiling-Hütig (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vor fast genau sieben Jahren verstorbene Max Mannheimer hat Generationen von Schülern an zahlreichen Schulen in ganz Bayern seine persönliche Leidensgeschichte während der Nazi-Diktatur erzählt und sie so tief berührt. Dabei hat er ihnen immer eine Botschaft mitgegeben: Ihr seid nicht verantwortlich für das, was geschah; aber, dass es nicht wieder geschieht – dafür schon.

Dieser Verantwortung stellen wir uns in Bayern. Wir stellen uns ihr seit dem bestialischen Terrorüberfall der Hamas gegen israelische Zivilisten am 7. Oktober noch entschiedener als je zuvor.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, beim Kampf gegen Rassismus und gegen jede Form von Extremismus spielen unsere Schulen eine ganz entscheidende Rolle. Deshalb muss dort nicht nur über den Extremismus von rechts, sondern auch über den Extremismus gesprochen werden, der von Islamisten wie zum Beispiel der Hamas ausgeht. Dieser ist nicht nur eine der Hauptursachen für die Flucht vieler Menschen aus Syrien, dem Irak oder jetzt dem Gaza-Streifen, sondern er bedroht uns alle in Deutschland ganz persönlich. Er bedroht ganz besonders unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger jüdischen Glaubens – und zwar nicht erst seit dem 7. Oktober.

Wie Sie wissen, gehört bei uns in Bayern die Auseinandersetzung mit Antisemitismus und Extremismus seit Langem zum Unterricht in allen Schularten. Aus Zeitgründen nenne ich deshalb nur die neuen Maßnahmen.

Seit 2022 gibt es ein auf Dauer angelegtes Gesamtkonzept "Jüdisches Leben und Bekämpfung des Antisemitismus" unter intensiver Einbeziehung der Israelitischen Kultusgemeinden und des Generalkonsulats. Um das zu unterstützen, haben wir 2023 die finanzielle Förderung der IKG stark verbessert.

Gleichzeitig bauen wir die Prävention im schulischen Bereich weiter aus – durch das Programm "ReThink" der Initiative für Demokratieförderung und Extremismusprävention "MIND prevention" von Ahmad Mansour; durch das seit November 2022 bestehende Schulportal "Bayern gegen Antisemitismus", das vor allem Hilfe für Lehrkräfte und Schulleitungen bietet, sowie durch den Ausbau der Bildungszusammenarbeit mit Israel, in dessen Rahmen vor allen Dingen Bildungsfahrten nach Israel für schulische und außerschulische Akteure stattfinden. 2022 haben wir die Mittel dafür auf 200.000 Euro erhöht, 2024 werden wir sie auf 300.000 Euro erhöhen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Kultusministerium hat erfreulicherweise sehr schnell auf den Terroranschlag vom 7. Oktober reagiert und bereits am Montag, dem 9. Oktober, aktuelle Informationen an die Schulen verschickt. Auch danach gab es zahlreiche Informationen zu Unterstützungsangeboten für Schülerinnen und Schüler sowie die Aufforderung, antisemitischer und antiisraelischer Hetze klare Grenzen zu setzen.

Weitere Maßnahmen waren – bzw. sind immer noch – Online-Sprechstunden für Lehrkräfte und Schulleitungen, die Stärkung der Zusammenarbeit mit "MIND prevention", also Ahmad Mansour, ab Anfang 2024, die E-Session-Reihe "Eskalation im Nahen Osten" seit 6. November 2023, Blended-Learning-Angebot zum Nahostkonflikt am kommenden 05.12. sowie gedenkstättenpädagogische Module für Referendare von beruflichen Schulen und Förderschulen.

Darüber hinaus werden wir bekanntlich eine Verfassungsviertelstunde einführen, in der sich unsere Schülerinnen und Schüler einmal pro Woche mit der Bayerischen Verfassung und dem Grundgesetz befassen sollen. Das Konzept dafür wird jetzt mit dem Ziel erarbeitet, diese Verfassungsviertelstunde ab dem Schuljahr 2024/2025 einzuführen. Das ist außerordentlich wichtig; denn ebenso wie der Rechtsextremismus will auch der islamistische Extremismus unsere freiheitlich-demokratische Ordnung zerstören. Wo wird diese Saat gesät? – Die Saat für die Zerstörung wird bereits in den Köpfen von Kindern und Jugendlichen gelegt. Das haben die jüngsten Demonstrationen in vielen Ländern leider allzu deutlich gezeigt.

Auch bei diesen leider im wahrsten Sinne des Wortes brennenden Fragen muss die Schule ihrem Bildungsauftrag nachkommen. Deshalb müssen wir unsere Kinder in der Schule nicht nur gegen die Gefahren des Rechtsextremismus, sondern auch gegen die Gefahren des islamistischen Extremismus und des Antisemitismus wappnen. Dieser Verantwortung stellen wir uns in Bayern.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, unsere Gesellschaft und unser Rechtsstaat sind wehrhaft und stark, und sie müssen es sein.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Ebenfalls für die CSU-Fraktion spricht nun die Kollegin Petra Guttenberger.

Petra Guttenberger (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wem nutzt ein starker Rechtsstaat? – Jedem! Jedem, der in unserem Land lebt, nutzt ein starker Rechtsstaat. Jeder und jede muss sich darauf verlassen können, dass dieser starke Rechtsstaat keine Verstöße, keine Fehlgänge ignoriert, sondern konsequent dagegen vorgeht.

Ich bin einigermaßen erstaunt – wie bei einer Aktuellen Stunde und beim letzten Redner einen vieles erstaunt –, wenn man von einer Seite vorgeworfen bekommt, wir hätten aus der Geschichte nichts gelernt.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir haben sehr wohl aus der Geschichte gelernt. Deshalb gilt es, das schleichende Gift des Antisemitismus zu bekämpfen, und zwar mit den verschiedensten Ansätzen auf allen Ebenen. Wer glaubt oder hier suggeriert, Antisemitismus spiele nur eine problematische Rolle im Zusammenhang mit Islamismus, verkennt die Lage. So zu tun, als würde man damit das Problem des schleichenden Antisemitismus in einer Gesellschaft lösen können, ist ein zu enger Blickwinkel. Es ist übrigens auch ein zu enger Blickwinkel zu sagen: Jede Zuwanderung ist schön, alle sind eine Bereicherung. – Nein, wir müssen uns mit jedem Phänomen ganz klar auseinandersetzen. Genau das ist unsere Aufgabe.

Liebe Damen und Herren der demokratischen Opposition, ich fand es jetzt gerade ein bisschen schade, dass Sie Forderungen aufgestellt haben, ohne zu erwähnen, was in Bayern schon alles passiert. Ja, es gibt niedrighschwellige Zugänge, wo antisemitische Taten gemeldet werden können, zum Beispiel RIAS. Es gibt viele Programme an den Schulen. Es gibt die Schwerpunktstaatsanwaltschaften, wie Herr Kollege Bausback schon treffend bemerkt hat. Es gibt die verschiedensten Ansätze im Bereich der Schulen, aber auch im Bereich der Jugendarbeit außerhalb von Schulen.

Ich sage Ihnen eines: Wir müssen Wege finden, damit wir noch früher zum Beispiel auch an Eltern herankommen. Wenn Eltern hier auftreten und ihren Kindern ihren Hass auf alles andere mitgeben, dann wird sich natürlich ein Kindergartenteam, eine Gesellschaft schwertun, das wieder rückgängig zu machen. Wir müssen also schauen, dass wir auch an die Eltern herankommen.

Ich sage Ihnen noch etwas: Ich habe kein Verständnis dafür, dass, wenn wir versuchen, mit der Verfassungsviertelstunde einen neuen Weg zu gehen, das dann gleich

wieder als Placebo und mit Worten wie "Das brauchen wir nicht!" abqualifiziert wird. Das geht einfach nicht.

(Beifall bei der CSU)

Was schützt uns vor dem schleichenden Gift? – Eine starke Gesellschaft. Wenn wir uns nicht von diesem Ritual verabschieden, weil sozusagen "der Falsche" das aus seiner ideologischen Blase und aus seiner ideologischen Sicht heraus gesagt hat, dann machen wir etwas falsch. Darum, liebe Kolleginnen und Kollegen, sollten wir uns von solchen Ritualen verabschieden. Wir sollten die verschiedensten Möglichkeiten angehen, um an Kinder, an Jugendliche und vor allem auch an die Elterngeneration und an die Erwachsenen heranzukommen, um aufzuklären und um das Miteinander zu betonen. Diejenigen, die es gar nicht lernen wollen, müssen die gesamte Stärke und Härte des Rechtsstaats spüren.

Aber zu sagen, das ist nur ein Problem des Islamismus, ist eine Lebenslüge und der falsche Weg. Das wird unser Problem nicht lösen. Zu sagen, wir brauchen jetzt noch einmal einen Ansatz, wir brauchen jetzt noch einmal Agenturen, wir brauchen jetzt noch Verwaltungen, wird das Problem nicht lösen. Wir alle müssen in dieser Gesellschaft das Miteinander leben. Deshalb rufe ich alle auf, antisemitischen Äußerungen entgegenzutreten. Betonen Sie das Miteinander in unserer Gesellschaft. In unserer Gesellschaft, in einem starken Rechtsstaat hat jeder und jede, der und die sich an Toleranz hält, einen Platz und kann sich sicher sein, dass er bzw. sie vom Rechtsstaat geschützt wird.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht der Antisemitismusbeauftragte der Staatsregierung Dr. Ludwig Spaenle.

Dr. Ludwig Spaenle (Beauftragter der Bayerischen Staatsregierung gegen Antisemitismus): Frau Präsidentin, Hohes Haus! Die Lage ist ernst. Jüdinnen und Juden haben

in unserem Land Angst. Familien, die ihre Kinder und Ehefrauen aus Israel zu uns geschickt haben – ein gutes Zeichen –, sind wieder nach Israel zurückgekehrt, weil sie hier Angst empfinden.

Die politisch verantwortliche Klasse in diesem Land – bis auf die Totengräber der Demokratie rechts außen – stellen sich dieser Verantwortung für die jüdischen Menschen in diesem Land und in Israel.

Ich habe am 3. November – ich darf mit der Genehmigung der Präsidentin zitieren – neben vielen anderen eine Mail mit Klaradresse erhalten:

"Hallo! Ob das Thema Juden im Grundgesetz steht oder nicht – wenn das Volk die Juden nicht mag, dann können unsere Politiker sich vor, neben oder hinter die Juden stellen. Es spielt keine Rolle. Wir mögen jedenfalls keine Juden und würden auch keinen Finger für sie rühren. Sie haben auch in Deutschland wenig Freunde, und das liegt an ihrer brutalen Vorgangsweise, indem sie alles vernichten, was ihnen nicht gefällt. Schlimm ist es, dass ich mit meinen Steuern einen Posten wie Sie finanzieren muss."

Ohne Grüße und mit Klarnamen.

Antisemitismus, Judenhass, oftmals verbrämt als vornehme Israelkritik, gibt es in der Mitte unserer Gesellschaft. Judenhass war nie weg – das muss man wissen –, weder in der Stunde null noch in irgendeiner gesellschaftlichen Gruppe oder irgendeiner Bildungsschicht, nirgends.

Uns fordert zum einen die über tausendjährige Geschichte von Jüdinnen und Juden in unserem Land, die mit der Mehrheitsgesellschaft diesen Weg gegangen sind, der schmerzhaft war, der in der Shoah einen einmaligen Absturz in einem Menschheitsverbrechen in deutschem Namen gefunden hat, Jüdinnen und Juden ihre Freizügigkeit zu gewährleisten. Für jüdische Menschen sind die Fragen "Mit wem treffe ich mich? Wie gehe ich auf die Straße? Ziehe ich das an, was ich will?" ein Stück weit anders als

für andere Mitglieder der Mehrheitsgesellschaft. Diese Selbstverständlichkeit der Freizügigkeit zu gewährleisten, Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes Angst zu nehmen, ist unsere Aufgabe.

Auf den Straßen und Plätzen dieses Landes wird eines der vornehmsten Rechte selbstverständlich wahrgenommen, nämlich das Recht auf Meinungsfreiheit und Demonstrationsfreiheit. Wir erleben aber, dass dieses Recht missbraucht wird, um die demokratischen Spielregeln dieses Landes im Kern anzugreifen, wenn das Kalifat gefordert wird oder wenn "From the river to the sea, Palestine will be free" gesungen wird. Ich danke an dieser Stelle den Staatsanwaltschaften in Bayern und der Polizei, die diese Dinge einheitlich verfolgen. Ich danke auch den Sicherheitskräften, die sich in höchstem Maße engagieren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER, der AfD, der GRÜNEN und der SPD)

Es geht um mehr. Es geht um mehr als scheinbare Solidarität mit Gaza oder den Palästinensern. Es geht hier um eine Form von verbalem politischen Terrorismus, der Demokratisches im Kern infrage stellt. Wir müssen uns dem entgegenstellen.

Mir tut dies ein Stück weit leid – das ist schon angesprochen worden –: Bei mancher Demonstration sind zu Recht die Straßen voll. Wo sind diese Demonstranten, wenn Solidarität mit Israel bekundet wird, wenn man sich gegen Verfassungsfeinde in unserem Land auf die Straße stellt? Tun wir das gemeinsam? Es ist nicht nur im Sinne der jüdischen Community, es ist im Sinne unserer Gemeinschaft selbst.

Ich glaube, wir können bei dem, was genannt wurde, an vielen Stellen feststellen, auf dem richtigen Weg zu sein. Ich glaube, dass wir in unserem Gemeinwesen mit einem neuen Staatsziel "Schutz des jüdischen Lebens und Bekämpfung des Antisemitismus und des Rassismus" ein Bekenntnis in der Bayerischen Verfassung und ein ganz deutliches Signal setzen können, wie das in anderen Ländern schon geschehen ist. In Sachsen-Anhalt, Hamburg und Bremen ist das bereits der Fall. Ich habe eine solche

Änderung, ein solches Staatsziel zu definieren, mit den Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Bundesländern für das Grundgesetz angeregt. Wir wissen, Staatsziele wirken langfristig.

Es gibt den Gedanken einer Deutschlandinitiative, Menschen aus Israel anzubieten, zu uns zu kommen. Die jüdischen Gemeinden haben das getan, sie haben ihre Familien hierhergeholt. Wir können Traumatherapie und anderes anbieten. Die Zivilgesellschaft engagiert sich vielfältig. Partnerschaften gibt es mit NGOs in Israel. Eine Aufgabe ist, diese flächendeckend und intensiver zu pflegen sowie die Sicherheitsanforderungen zu überprüfen. Nach Halle ist, auch mit Sondermitteln, vieles getan worden, um die Infrastruktur zu verbessern. Für die jüdischen Gemeinden besteht die Notwendigkeit, Personal zu beschäftigen. Das Hausrecht ermöglicht es der Polizei in bestimmten jüdischen Einrichtungen nicht, Sicherheit zu gewährleisten. Hier bedarf es einer umfassenden Prüfung. Ich habe den Innenminister gebeten, das zu veranlassen.

Wir müssen dafür eintreten, das, was wir heute gehört haben, nämlich gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Bezug auf alle Musliminnen und Muslime in diesem Land, aufs Schärfste zurückzuweisen. Das ist Hetze und Spaltung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der SPD)

Lassen Sie uns gemeinsam die Grundwerte dieses Landes im Sinne unser aller verteidigen. Es geht um die Menschenwürde im Alltag.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächste spricht Staatsministerin Ulrike Scharf.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Können wir hier überhaupt noch leben? – Das denken, fragen und fühlen Jüdinnen und Juden in Deutschland im Jahr 2023. Sie fühlen sich und

– ja – sie sind bedroht. Viele Mütter und Väter sitzen aus Angst um ihre Kinder auf gepackten Koffern. Ich bin erschüttert, wenn ich mit Charlotte Knobloch spreche, und auch, wenn ich mit der Generalkonsulin von Israel spreche, die ich erst diesen Montag bei uns im Haus, im Ministerium empfangen durfte. Wie groß die Angst ist, habe ich auch am vergangenen Montag beim Runden Tisch im Sozialministerium gehört.

Ich habe – auch als Zeichen dafür, dass wir zusammenstehen – alle Träger der Präventionsarbeit eingeladen. Da hat Annette Seidel-Arpaci eindringlich berichtet, was am 7. Oktober bei ihr in der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus vor sich ging. Die Schlächter der Hamas morden, vergewaltigen, verschleppen, überfallen Musikfestivals. Opfer sind Schwangere, Babys, Greise und Holocaust-Überlebende. Das ist das größte Verbrechen an Jüdinnen und Juden seit der Shoah. Schon am Nachmittag des 07.10. gingen die ersten Hilferufe bei RIAS ein mit der Frage: Sind wir hier noch sicher? – Zur selben Zeit feiern Menschen mit Palästinenserflaggen in Berlin und verteilen Süßigkeiten. Was geht nur in den Köpfen der Menschen vor? – Wir müssen gemeinsam dagegenhalten. Aber es gibt auch den anderen Antisemitismus: Herr Precht redet sich im öffentlich-rechtlichen Rundfunk um Kopf und Kragen. In den Nachrichten ist von einem Geiselaustausch zwischen Israel und der Hamas die Rede, einem Austausch, als hätte Israel Geiseln genommen. Ich frage mich wirklich, was in den Köpfen dieser Leute vorgeht.

(Beifall bei der CSU)

Die mittlerweile tief gefallene Ikone Greta Thunberg schlägt sich auf die Seite der Terroristen. Teile von Kunst und Kultur erstarren angesichts des barbarischen Terrors der Hamas in dröhnendem Schweigen. Ich frage mich noch mal: Was geht in den Köpfen der Menschen eigentlich vor? – Großartig ist da die Arbeit von Daniel Barenboim mit seinem israelisch-palästinensischen Friedensorchester.

Lieber Ludwig Spaenle, du warst am Montag in unserer Runde dabei. Du hast gehört, was Ahmad Mansour gesagt hat: Wenn wir nicht richtig reagieren, kommt eine islamis-

tische Radikalisierungswelle auf uns zu. – Herr Mansour muss rund um die Uhr bewacht werden, selbst bei einem Gespräch bei uns im Ministerium. Gleich danach habe ich mit der Generalkonsulin von Israel gesprochen. Sie ist eine beeindruckende Persönlichkeit. Ich habe ihr versichert: Wir in Bayern stehen fest an der Seite Israels. Wir in Bayern fühlen mit Ihnen. Jeder Angriff auf Jüdinnen und Juden ist ein Angriff auf unsere Werteordnung, auf uns als Mitmenschen. Wir in Bayern geben Antisemitismus, Hass und Hetze keinen Millimeter Platz.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in den vergangenen Wochen haben wir in Abgründe blicken müssen. Dazu gehören die Bilder der Taten vom 7. Oktober, aber auch die Zunahme der antisemitischen Vorfälle bei uns im Land. Ich möchte hinzufügen: Menschlichkeit und Demokratie gehen nicht an der Stärke ihrer Feinde zugrunde, sondern an der Schwäche unserer Verteidigung. Im öffentlichen Leben, in den Betrieben, den Kitas, den Schulen und Hochschulen in Deutschland ist Antisemitismus Alltag in Wort und Tat. Der Hass auf Israel ist tief verankert und weit verbreitet. Wer jetzt nicht Prävention stärkt, wer jetzt nicht die Härte des Rechtsstaats zeigt, der macht sich schuldig. Deshalb sage ich: Wir müssen mehr in die militärische Verteidigung investieren; aber eine wehrhafte Demokratie ist mehr, als nur Panzer zu bestellen.

Meine Damen und Herren, seien wir auch wehrhaft im Kampf der Narrative, im Krieg der Bilder, im Krieg um die Herzen und um die Köpfe gerade in den sozialen Medien, die allzu oft die Fratze asozialer Medien zeigen. Die Hetzer drohen, den Kampf im Netz zu gewinnen. Die Hamas flutet die sozialen Medien – TikTok, Instagram – gezielt mit Fake News. Überall da treffen gerade junge, sehr beeinflussbare Menschen auf Bilder, die sie nicht loslassen.

Ich freue mich, dass auf der Besuchertribüne gerade heute und jetzt in der Stunde junge Menschen da sind. Eine Jugend-Digitalstudie sagt uns, dass ihr 60 Stunden pro Woche im Netz verbringt. Das ist viel Zeit, aber es ist vor allen Dingen auch eine gefährliche Zeit. Manche werden online radikal. Wir müssen noch mehr dagegenhalten.

(Beifall bei der CSU sowie des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Wir fördern die digitalen Streetworker mit dem Projekt "MINDspot". Wir gehen dorthin, wo die jungen Menschen sind. Mit unserer "Meldestelle REspect!" helfen wir Betroffenen von Hass und Hetze im Netz. Mit unserer "Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus – RIAS Bayern" erfassen wir reale, aber vor allen Dingen Online-Vorfälle. Gerade hier gilt: Wer wegschaut, macht sich schuldig.

Meine Damen und Herren, ich fordere alle im Netz auf, auch alle Plattformbetreiber: Schaut hin, meldet Verstöße, verbannt die Hetzer, geht in die Meinungsschlachten hinein! Jeder und jede von uns trägt Verantwortung.

(Beifall der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

Wir gehen mit unserem Projekt "ReThink – Freiheit beginnt im Kopf" auf Jugendliche mit Flucht- und Migrationserfahrung zu. Bei unserem Projekt "YouthBridge – Jugend baut Brücken" bringen wir jüdische, muslimische und christliche Jugendliche zusammen. Sie zeigen gemeinsam Flagge gegen Radikalisierung und Antisemitismus. So werden sie zu Vorbildern für eigene Peergroups. In unserer Fachstelle ufuq.de – auch das ist mir ganz besonders wichtig – lernen wir Fachkräfte an, wie sie mit Radikalisierung richtig umgehen können. Sie brauchen dringend Handlungssicherheit. Wir arbeiten mit Eltern zusammen: In unseren "MotherSchools" und "FatherSchools" lehren wir Mütter und Väter, wie sie ihre Kinder vor Radikalisierung schützen, wie sie die Werte des Grundgesetzes im Alltag vermitteln können. Wir schaffen Räume für persönliche Begegnungen. Die Bayerische Staatsregierung fördert den Jugendaustausch mit Israel.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei alledem könnte man sich fragen: Reicht das aus? – Ich sage: Nein. Bauen wir gemeinsam aus, stärken wir alle Frauen und Männer, die unsere Werte im Ehrenamt, in der Ausbildung, in der Berufs- und Hochschule verteidigen. Jeder und jede von uns kann etwas beitragen. Seien wir selbst alle Vorbilder.

Meine Damen und Herren, wir schauen nicht zu. Wir in Bayern handeln heute und in Zukunft. Daran lassen wir uns als Demokratinnen und Demokraten messen. Dafür sollten wir alle noch enger zusammenstehen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.